

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jung, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte in meiner Rede weniger auf das Zahlenmaterial aus dem Haushaltsentwurf 2024 und auf die damit verbundenen Einzelposten eingehen, denn das hast Du und meine Kollegen aus den anderen Fraktionen bereits getan. Ich möchte lieber den Schwerpunkt auf eine Kommentierung einzelner Punkte legen, die uns hier im Kirner Land dauerhaft, immer wieder und auch im Haushaltsjahr 2024 beschäftigen werden.

Zuerst will ich mich aber bei Patrik Klein und seinem Team dafür bedanken diesen Haushaltsplan erstellt zu haben und das in einer annähernd der Regel entsprechenden Arbeitszeit in dieser Abteilung.

Des Weiteren möchte ich trotz unterschiedlicher Herangehensweise die Zusammenarbeit der Fraktionen untereinander im positiven hervorheben. In meinem inhaltlichen, parteilosen Denken auf dieser Ebene unserer Demokratie ein ganz wichtiger Punkt. Hier am Schluss im Interesse der Bürger des Kirner Landes trotz aller Gegensätze Lösungen zu finden, muss auch in Zukunft das Ziel sein.

Dass im Bereich der investiven Maßnahmen im kommenden Jahr kaum Neues zu verzeichnen ist, sollte uns jedoch nicht entspannen.

Zwar können wir stolz darauf sein, den Schritt hin zu einem ausführlich erarbeiteten Radwegekonzept für das Kirner Land getan zu haben, die eigentliche Aufgabe jedoch, die Gemeinden dabei zu unterstützen, um auch zu der dringend benötigten Infrastruktur zu kommen, steht uns noch bevor.

Ähnlich gestaltet es sich beim Thema Klimaschutz. Nachdem nun das Klimaschutzkonzept erarbeitet wurde, gilt es auch hier im kommenden Jahr, in dem unser Klimaschutzmanager nun zum Teil aus eigenen Mitteln gestemmt werden muss, ihn bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu unterstützen. Hier spreche ich allerdings nicht in erster Linie den VG-Rat an, sondern die einzelnen Abteilungen in der Verwaltung. Beim Bauen angefangen bis hin zu den VG-Werken, sollte dem Klimaschutzmanager diese Unterstützung gewiss sein.

Druck sollte im kommenden Haushaltsjahr auch aufgebaut werden, wenn es um den Wertstoffhof geht. Gerade bei einem Punkt wie diesem, in dem man sich über den dringenden Bedarf einig ist, sollten alle Register gezogen werden, um endlich zu einer Lösung zu kommen.

Auch hängt noch immer das Damoklesschwert über unserem Krankenhaus in Kirn, und die mögliche Schließung ist nicht endgültig vom Tisch. Wenn hier auch Einigkeit über alle Fraktionen hinweg und kein Diskussionsbedarf unter uns besteht, muss der politische Druck unserer Fraktionen nach oben aufrecht erhalten werden um akzeptable Lösungen herbeizuführen. Hier hoffe ich darauf, dass die sich mit dem Thema befassenden Menschen in unserer Verwaltung konsequent daran arbeiten, uns diese eminent wichtige medizinische Grundversorgung im Kirner Land zu erhalten.

Die Fusion hat die in sie gesetzten Hoffnungen bisher nicht erbracht. Ja die stetig steigenden Personalkosten und die explodierenden Energiekosten lassen für unseren zukünftigen Haushalt nichts Gutes erahnen. Besonders im Haushaltsjahr 2024 müssen wir sehr darauf achten, dass die ebenfalls fusionsbedingt übernommenen Überstunden in der Verwaltung nicht mehr ansteigen, um nicht noch mehr finanzielle Rückstellungen machen zu müssen. Hier muss klar die Regelarbeitszeit in den Fokus gerückt und eingehalten werden und ein jährlicher Schnitt gezogen werden.

Nun aber natürlich auch noch zum Thema Wasser:

In meiner letzten Haushaltsrede sprach ich kurz von drohenden internationalen Konflikten, die letztlich allein um die schwindenden Trinkwasserressourcen, bzw. um Land, dem noch Wasserressourcen zu Verfügung stehen, ausgefochten werden und brachte u. A. auch das Beispiel Palästina.

Dann passierte am 7. Oktober letzten Jahres der menschenverachtende Überfall auf Menschen im südlichen Israel durch bewaffnete Hamas-Brigaden mit geschätzten 1400 Ermordeten. Sofort darauf erfolgte der Gegenschlag der israelischen Armee in Form einer monatelangen Bombardierung des Gaza-Streifens, bei dem bis jetzt, nach internationalen Schätzungen, bald 20 mal so viele Menschen getötet wurden, als am 7. Oktober.

Aber was sagt uns diese Eskalation von Gewalt im nahen Osten, bzw. was sagen uns die weniger dramatischen, aber sich häufenden Ereignisse infolge von Wassermangel in Europa? Vom kürzlich verfügte Zwang zum Wassersparen in Katalonien (Spanien) sind ca. 8 Millionen Menschen betroffen, also die gesamte Gesellschaft inklusive der Industrie und der Landwirtschaft dort. Also was sagt uns das jetzt zur Situation hier vor Ort?

Wie im Großraum Barcelona steuern auch wir im Kirner Land auf einen Wassernotstand zu, wenn wir weiter so wirtschaften, wie bisher. Die BI-Limbachtal, die hier einen der beiden Teile unserer Grünen alternativen Liste stellt, warnt davor schon seit Jahren. Auch warnen wir davor, dass man es nicht so weit kommen lassen darf, bis auch der ärgste Wassermangel-Leugner zugibt, dass er sich getäuscht hat. Dann ist es nämlich zu spät zum Handeln.

Mit der Erstellung der neuen Entgeltsatzung für kommunale Abgaben hätten wir die Möglichkeit gehabt, einerseits den Frischwasserverbrauch in der VG zu reduzieren und andererseits Anreize umzusetzen, dass mehr Niederschlagswasser im Boden versickert. Diese Chance wurde aber bis jetzt vertan. In den Erläuterungen Der VG-Werkleitung zum Wirtschaftsplan 2024 wird dies lediglich mit folgenden Worten begründet:

"Zum Zeitpunkt der Planerstellung wurde mit den finalen Daten durch den Dienstleister gerechnet. Aufgrund der späten Datenlieferung konnten die zur Veranlagung der wiederkehrenden Beiträge hergeleiteten Flächen nicht abschließend validiert werden."

Kurz zur Erläuterung

Im Juni 2021 wurde auf Grund der fusionsbedingten Vereinheitlichung der Abwasserabgaben einer Mustersatzung zugestimmt, die über das Einführen von wiederkehrenden Beiträgen die Tür zur Ungerechtigkeit öffnete, was die Flut von Widersprüchen erklärt. Damals wurde bei der Abstimmung zu dieser Satzung klar erwartet, dass die Parameter nach Erfassen der noch fehlenden Daten unter Umständen anzupassen wären. Heute nach Erhalt der Grundlagenbescheide und der darauf folgenden Diskussion wissen wir, dass durch das Einführen der wiederkehrenden Beiträge ein umweltgerechter nachhaltiger Umgang mit der Ressource Wasser mit dieser Satzung gar nicht möglich ist.

Mit der von uns geforderten besseren Abgabensatzung, gewissermaßen eine Symbiose einer Satzung, die auf Gebühren basiert und unserem Modell mit den progressiv gestaffelten Frischwasserpreisen, hätten wir mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Wir hätten Gebührengerechtigkeit umgesetzt und hätten unsere knappen Wasserressourcen besser schützen können. Stattdessen sollen jetzt im kommenden Haushaltsjahr die Parameter der schlechten Satzung etwas geschönt werden, was aber am bestehenden Problem nichts ändert.

Bei dieser sich anbahnenden Aufgabe zum Erhalt der natürlichen lebensnotwendigen Grundlagen des Menschen, kann man nur hoffen, dass im Haushaltsjahr 2024 die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden.

Denn wir sollten bei allem Elan, mit dem aktuell für eine bessere Welt auf die Straße gegangen wird, nicht vergessen, dass vor allem die Ungerechtigkeiten solcher Maßnahmen die Ursachen sind für die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, woraus sich dann eben die bekannten politischen Fehlorientierungen großer Bevölkerungsteile ergeben.

Schließlich: In der Hoffnung, dass das Satzungsproblem noch einmal grundlegend überdacht wird, und aus Achtung jenen Menschen gegenüber, die in der Verwaltung Jahr für Jahr Ihren Job gut machen und an diesem Haushalt mitgearbeitet haben, stimmen wir trotz der starken Bedenken innerhalb unserer Liste, dem Haushalt 2024 zu.